

Der politische Streik auf dem zehnten Parteitag der niederländischen Sozialdemokratie.

Von Henriette Roland-Holst.

Dem letzten Kongreß der niederländischen Sozialdemokratie zu Ostern dieses Jahres war vom holländischen Parteivorstand eine Resolution über die Frage des Generalstreiks vorgelegt worden (siehe Nr. 30, S. 117 der „Neuen Zeit“, Artikel von Bliegen).

Die Begründung dieser Resolution, die mit 139 gegen 35 Stimmen angenommen wurde, war der Genossin Roland-Holst übertragen worden. Sie hat uns nachstehendes Resümee ihres Referats zugesendet, dem sie auch die wichtigsten, in der Debatte angeführten Argumente einverleibt hat. Die Resolution war im Parteivorstand mit allen gegen eine Stimme angenommen worden. Nach dem Referat der Genossin Roland-Holst erklärten aber einzelne Parteivorstandsmitglieder, daß sie mit den von der Referentin vorgebrachten Gründen nicht einverstanden seien.

Eine von dem Referat der Genossin Roland-Holst abweichende Begründung der Resolution wird vom holländischen Parteivorstand im Austrag des Internationalen Bureaus herausgegeben werden. Im nachfolgenden Referat vertritt Genossin Roland-Holst also nur ihre persönlichen Ansichten, nicht die des gesamten Parteivorstandes.

Bei Beurteilung dieser Resolution darf sich die Partei nicht ausschließlich von den Erfahrungen bestimmen lassen, welche der politische Streik des vorigen Jahres in Holland gezeitigt hat. Das Internationale Bureau hat von uns eine Resolution für den internationalen Kongreß verlangt. Wir müssen daher die Frage zunächst von allgemeinen Gesichtspunkten aus betrachten, denn man verlangt von uns, daß wir den Standpunkt fixieren, den die internationale Partei einzunehmen hat.

Zunächst stellt sich die Resolution der anarchistischen Idee des Generalstreiks entgegen. So entschieden wie möglich spricht sie sich im dritten und fünften Absatz gegen diesen aus. Und zwar in dreierlei Hinsicht. Der absolute Generalstreik in dem Sinne, daß in einem bestimmten Augenblick alle Arbeiter die Arbeit niederlegen, so daß alle Produktion versagt, wird für unmöglich erklärt; es wird gewarnt vor der Illusion, daß der Streik ohne weiteres eine plötzliche, gänzliche Umwälzung in den Machtverhältnissen zwischen den Klassen bringen könne; und im Zusammenhang hiermit wird jeder Versuch verurteilt, für den Generalstreik zu agitieren im Gegensatz zu den erprobten Kampfmitteln des Proletariats (Gewerkschafts-, politische und genossenschaftliche Organisation und Aktion). Der anarchistischen Auffassung des Generalstreiks stellt sich die Resolution also auf das entschiedenste entgegen; den Anarchisten wird nicht das geringste Zugeständnis gemacht. Nun zum positiven Teile der Frage: der Streik gegen die Staatsgewalt, der politische Streik. Dieser Gedanke lebt in Haupt und Herz zahlreicher nicht-anarchistischer Arbeiter. Den utopistischen Streik verwerfen wir; sollen wir auch einen jeden politischen Streik von uns weisen? Die Antwort ist eng verknüpft mit unserer Vorstellung von der Entwicklung der Gesellschaft und der gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Wird die Zukunft uns ein allmähliches, friedliches Hineinwachsen in die Demokratie und in den Sozialismus bringen? In diesem Augenblick gibt es nur ein einziges Land, Frankreich, in dem die Geschehnisse auf uns den Eindruck machen, als sollte die Zukunft sich vielleicht in dieser Weise entfalten. Aber in Deutsch-

land zum Beispiel, in Belgien, in England und in unserem eigenen Lande sehen wir das Entgegengesetzte: zunehmende Reaktion, zunehmende Verschärfung des Klassenkampfes. Mit Rücksicht hierauf frage ich: Darf das Proletariat sich des einzigen Gewaltmittels begeben, das es besitzt? Das Wort „Gewaltmittel“, im Berichtsentwurf der „Nieuwe Tijd“¹ gebraucht, hat eine gewisse Aufregung verursacht. Troelstra jedoch sprach in seinem Referat über die Einfuhrzölle, über Trusts und Schutzzölle als über „Gewaltmittel“. Man braucht dabei doch nicht an Hengabeln oder an Bomben zu denken; das Wort bedeutet: *Machtmittel*, das sind Mittel, durch die eine Klasse die andere zwingt.

Nun besitzt die Arbeiterklasse schließlich kein anderes Gewaltmittel als den Streik; die Steuerverweigerung, von der Bourgeoisieklasse in ihrem Kampfe mehrmals angewandt, hat für die Proletarier keinen Sinn. Und das Proletariat kann doch in einen Zustand hineingeraten, in dem es ein Gewaltmittel anwenden muß, entweder um sich reaktionären Attentaten zu widersehen oder um durchgreifende Reformen zu erzwingen oder um Verschleibungen der Machtverhältnisse zwischen den Klassen endgültig festzulegen. Genosse Wliegen beruft sich auf „unsere alten erprobten Mittel“. Das tut die Resolution gleichfalls. Aber wie wissen wir denn, ob uns diese alten erprobten Mittel nicht genommen werden sollen? In Deutschland rechnet man mit der Möglichkeit eines Attentats auf das allgemeine Wahlrecht. Für den sächsischen Landtag wurde es aufgehoben, als die Sozialdemokratie eine Mehrheit zu erringen drohte. In unserem eigenen Lande hat man einer großen Arbeitergruppe das Streikrecht genommen, sobald sie es in einer für die besitzenden Klasse gefährlichen Weise gebrauchte.

Man sagt: das Mittel ist gefährlich für uns selbst, das bedeutet aber noch nicht, daß es unter allen Umständen für uns verderblich ist. Ich werde die Gefahr nicht verkleinern; je mehr Rechte die Arbeiter erobert, je mehr sie zu verlieren haben, um so vorsichtiger werden sie im Gebrauch dieses Mittels sein müssen. Die Gefahr liegt aber nicht ausschließlich im politischen Charakter des Streiks. Die Gefahr, mit der Staatsmacht und ihren Gewaltmitteln in Konflikt zu geraten, liegt in jedem ausgebreiteten und in das ökonomisch-soziale Leben tief eingreifenden Streik, und wenn er auch nur höheren Löhnen usw. gilt. Jeder große Streik von Bergarbeitern, Hafen- und Transportarbeitern usw. trägt Verwirrung in das soziale Leben und gibt der Staatsmacht Veranlassung zum Eingreifen. Sagen deshalb die Führer der Gewerkschaften jener Berufe zu ihren Mitgliedern, daß sie sich eines jeden Streiks zu enthalten haben? Wliegen sagt: „Ja, aber bei einem politischen Streik werden die Arbeiter immer die ganze öffentliche Meinung wider sich haben.“ Das ist absolut nicht sicher. Bei uns in Holland war das der Fall im Jahre 1903, aber wird es deshalb immer so sein? Andere Umstände sind denkbar. Zum Beispiel in Verbindung mit der wachsenden Macht der Trusts, die einen großen Teil des Mittelstandes auf unsere Seite bringen können. Oder wenn die Regierung zum Beispiel einen unpopulären Krieg würde anfangen wollen, um im eigenen Lande „Ablenkung zu schaffen“, wäre es sehr gut möglich, daß die öffentliche Meinung auf seiten des Proletariats stände. Im Jahre 1893 war in Belgien ein großer Teil der öffentlichen Meinung den

¹ Der Parteivorstand hatte von der Redaktion der „Nieuwe Tijd“ den Entwurf eines Berichtes über den Generastreik erbeten. Dieser Entwurf wurde aber nicht akzeptiert.

Arbeitern günstig gesinnt: viele liberale Arbeitgeber schickten damals selbst ihre Arbeiter hinaus, damit sie am Streik teilnahmen.

Man beruft sich auf die mit dem politischen Streik gemachten Erfahrungen, um ihn für die Zukunft zu verurteilen. Aber falls man mit dieser Erfahrung die unsere, die holländische meint, so lehrt sie höchstens, daß dort, wo die Gewerkschaftsorganisation schwach, das Proletariat politisch wenig geschult und in sich uneinig ist, ein Streik gegen den Staat nicht gewagt werden darf. Wenn es unter uns vielleicht Genossen geben sollte, die es mit dem ökonomischen Kampfe gegen den Staat zu sehr auf die leichte Achsel genommen haben, so hat doch das entsetzliche Leiden, das der Aprilstreik über die Arbeiter brachte, sie endgültig davon kurirt. Die allgemeine Erfahrung aber ist ganz und gar nicht so ungünstig. In Belgien brachte der Streik ein wenn auch verstümmeltes allgemeines Wahlrecht. In Schweden machte er einen tiefen Eindruck. Eine große Anzahl Opfer, ein Zusammenstinken der Organisationen hat er nur hier in Holland veranlaßt, nirgendwo sonst. Biegen nennt vielleicht den schwedischen Streik „eine Demonstration, vereint mit vereinzelter Niederlegung der Arbeit“. Nun, wenn man das eine Demonstration nennen will — meinethalben! Aber während dreier Tage brannte kein Licht in Stockholm, es wurde kein Brot gebacken, es fuhr keine Straßenbahn, es erschienen keine Zeitungen! Gewiß eine ganz eigentümliche „Demonstration“!

Nebst der Gefahr und der den Arbeitern feindlichen Haltung der öffentlichen Meinung wird ein drittes, wichtiges Bedenken angeführt: die Lebensmittelfrage. Vielleicht ist dies der schwächste Punkt bei der Verteidigung des politischen Streiks; aber so ganz schwach ist er dennoch nicht. Gewiß, das Proletariat wird am ersten und am schwersten leiden, aber ist dies nicht auch der Fall bei einem Streik wider die Arbeitgeber? Wenn zum Beispiel die Bäcker oder die Bergarbeiter wegen einer Lohnfrage streiken, ist es dann nicht auch das Proletariat, das am ersten unter dem Mangel an Brot oder Heizmaterial leidet? Übrigens, man kann nicht von vornherein sagen, wie die Organisation eines politischen Streiks sein wird; aber vielleicht würden die Konsumvereine Lebensmittel liefern können. Oder aber man würde während eines bestimmten Terms streiken und die Arbeiter würden sich für diese Zeit mit Lebensmitteln versehen können. Oder wenn man glaubte, daß die herrschende Klasse alle Vorräte eines bestimmten Betriebs mit Beschlag belegen würde, sobald in ihm gestreikt wird, und wenn dieses Produkt dem Proletariat unentbehrlich ist, nun, dann wird eben in einem solchen Betrieb nicht gestreikt. Unsere Resolution läßt ja die Frage von dem Umfang des Streiks unentschieden. Ebensovienig spricht sie sich hinsichtlich der Frage aus, ob der politische Streik gerade in Holland möglich ist.¹ Was jetzt vielleicht nicht möglich ist, kann doch in der Zukunft möglich werden, zum Beispiel durch die Entwicklung der Großindustrie. Was wissen wir denn davon? Unsere Resolution läßt also dem politischen Streik das Tor offen, akzeptiert ihn als eine Kampfweise, zu der sich das Proletariat ausnahmsweise vielleicht wird entschließen müssen. Aber vor dieses Tor stellen wir drei Wächter: die Kaltblütigkeit, die Weisheit und die Selbstbeherrschung der Arbeiterklasse. Es ist wahr, daß die Gegenpartei unsere Taktik bestimmt, aber doch nicht gänzlich; wir können und sollen

¹ In der Debatte wurde dies aus historisch-ökonomischen Gründen, nämlich wegen des Charakters Hollands als eines Landes von Übergangswegen und Transitverkehr, verneint.

uns davor hüten, uns in eine Falle jagen zu lassen. Unsere Resolution sagt zum Proletariat: „In den ökonomischen Krieg wider den Staat könnt ihr gar nicht denken, ehe ihr nicht ein hohes Maß von Macht und Einigkeit besitzt.“ Diese Einigkeit ist die revolutionär-sozialistische Überzeugung, das Klassenbewußtsein, die Erkenntnis des Zusammenhanges zwischen den verschiedenen Teilen der Arbeiterbewegung.

Die Organisationen müssen geschult und ausgebildet sein; alles muß fest ineinandergreifen und glatt funktionieren; die Konsumvereine müssen imstande sein, die Munition zu liefern; die freiwillige Disziplin muß so in Fleisch und Blut übergegangen sein, daß, falls alle Führer gefangen genommen werden sollten, der Kampf dennoch mit gleicher Ruhe und gleicher Entschiedenheit weiter geführt werden könnte. Gerade dadurch, daß die Resolution den Nachdruck legt auf die Organisation und den täglichen Kampf in allen Formen als auf das einzige Mittel, wodurch der Streik wider den Staat künftighin eine Chance auf Erfolg haben kann, steht unsere Resolution so entschieden den Anschauungen der Anarchisten gegenüber. Sie gibt uns das Recht ihnen zu sagen: „Ihr schwächt über den Streik wider den Staat; wir verrichten die Arbeit, durch die er möglich werden kann, das heißt, wir schaffen die Organisation.“ Und der Bourgeoisie sagt unsere Resolution: „Wir werden uns nicht von euch in eine Falle locken lassen, verzichten vielmehr auf kein einziges Mittel; und wenn wir, jetzt oder später hier oder sonstwo die Gelegenheit erspähen, euch durch unsere ökonomische Macht einen Schlag zu versetzen, so werden wir das nicht bleiben lassen.“

Die neueste Phase in der Entwicklung der Arbeitgeberorganisation.

Von **Emil Fischer** (Hamburg.)

Der hartnäckige Widerstand der Arbeiterschaft beim Crimmitschauer Kampfe gegenüber dem Terrorismus des kapitalistischen Unternehmertums verstäkt in den Unternehmerkreisen den alten lebhaften Wunsch, sich auf eine einheitliche Organisation der Arbeitgeber stützen zu können. In der „Neuen Zeit“ ist wiederholt auf die dahin gerichteten Bestrebungen in den Kreisen der Arbeitgeber hingewiesen worden.¹

Anfang dieses Jahres erging vom Hamburg-Altonaer Arbeitgeberverband, der eine führende Stellung unter den sogenannten „Arbeitgeber-schutzverbänden“ einnimmt, die Anregung, einen „Deutschen Arbeitgeberbund“ zu gründen, deren Resultat eine Besprechung der Vertreter der größeren Arbeitgeberverbände in Hamburg war; eine zweite Konferenz in Berlin folgte.

Inzwischen hatte auch die Leitung des berichtigten Zentralverbandes deutscher Industrieller Schritte unternommen, eine „Zentralstelle für die Arbeitgeberverbände“ zu schaffen. In einer Sitzung des Direktoriums dieses Verbandes am 13. Januar dieses Jahres wurde der Beschluß gefaßt, eine solche Zentralstelle „zur Bekämpfung unberechtigter Bestrebungen der Arbeiter“ zu begründen. Am 17. Januar kamen zu diesem Zwecke im Hotel Kaiserhof

¹ „Die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften.“ Jahrgang 1901/1902. „Der Arbeitsnachweis als Kampfmittel der Arbeitgeberverbände.“ Jahrgang 1902/1903.